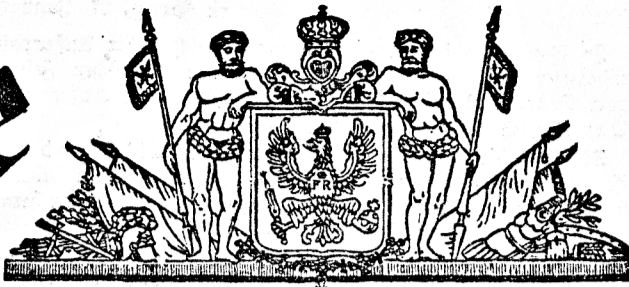


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen. Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Allgemeine Verlosungsliste, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag: Ullstein & Co. Chefredakteur Georg Bernhard Veranow. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eibau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Ferensprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Sonderberatungen in Paris.

Doumers Extratour. — Die persönlichen Ansichten des Finanzministers.

vi Paris, 27. Januar.

Der Oberste Rat hat heute vormittag keine Sitzung abgehalten, obgleich das gestern abend abgegebene Kommuniqué für 1/2 12 Uhr den Beginn einer Vormittagsitzung zur Erörterung der Abrüstungsfrage angekündigt hatte. Dafür fanden verschiedene Sonderberatungen statt. Lloyd George konferierte mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur, der vorher mit Briand gesprochen hatte, und dem Berliner britischen Botschafter d'Albion, während Briand eine Unterredung mit dem belgischen Minister Jaspar hatte. In hiesigen politischen Kreisen nimmt man an, daß die Konferenz bis Sonnabend dauert. Lloyd George gedenkt am Sonntag wieder in London zu sein.

Das Interesse für die Frage der deutschen Abrüstung ist in französischen Kreisen, soweit ich beobachten konnte, auffallend gering. Es tritt auf jeden Fall völlig zurück vor dem Interesse für das Wiedergutmachungsproblem. Heute mittag wurde mir von französischer Seite erneut bestätigt, daß die Pariser Konferenz sich vorwiegend darauf beschränken wird, die Festlegung von drei Jahresleistungen anzugehen. Ueber die Einzelheiten des Programms soll eine Verständigung mit Deutschland herbeigeführt werden. Auf französischer Seite wird eher nachdrücklich betont, daß die Jahresleistungen auch Barzahlungen in gewissem Umfange einschließen müssen, da Frankreich unbedingt Geld brauche.

Zu den gestrigen Darlegungen des französischen Finanzministers wird mir erklärt, daß Doumer als Sachverständiger gesprochen und nicht etwa das Wiedergutmachungsproblem der französischen Regierung unterbreitet hat. Die Engländer wünschten von dem Finanzminister über den Zusammenhang zwischen der Finanzlage Frankreichs und der Wiedergutmachung aufgeklärt zu werden. Doumer hat, nach meinen Informationen, nicht die amtliche französische Sprache vertreten, in der es als erforderlich bezeichnet wird, den Umfang der deutschen Schuldverpflichtung bis zum 1. Mai festzustellen, also jene unerreichbare „symbolische Ziffer“, von der in der letzten Zeit hier viel die Rede war. Doumer hat dagegen einer rein persönlichen Ansicht Ausdruck gegeben, bei der er von Deutschlands Sachleistungen ganz abzusehen scheint, und die zeitweilige Abtretung von deutschem Staatsbesitz sowie die Abtragung der Schuld durch die deutschen Ausfuhrerträge empfiehlt. Das muß betont werden, weil einige Blätter, darunter der „Figaro“, behauptet haben, Doumer habe das Programm der französischen Regierung nach Zustimmung des Ministerrats demögelt.

Die Pariser Presse verheißt ihre Unzufriedenheit mit dem Austritt Doumers in der gestrigen Vormittagsitzung nicht. Der Temps bemerkt dazu, die Lösung des Wiedergutmachungsproblems habe gestern vormittag keine Fortschritte gemacht. Das hätten die Delegierten aller Länder mit Einschluß der Vertreter Frankreichs festgestellt. Seit der gestrigen Vormittagsitzung sei man bemüht, eine Annäherung der Standpunkte zu erreichen. Man müsse hoffen, daß die Unterhaltungen von heute Vormittag in dieser Hinsicht erfolgreich seien. Die französische Regierung werde die Einigkeit unter den Verbündeten nur aufrecht erhalten können, wenn sie durch die Einigkeit ihrer eigenen Mitglieder das Beispiel gebe. Der einzige Weg, den man einschlagen könne, sei der Weg des Versailler Vertrages.

Doumer habe seinen Darlegungen die Annahme zugrundegelegt, daß der Wiedergutmachungsausschuß die deutsche Schuld auf insgesamt 212 Milliarden Goldmark beziffren werde, wobei eine Reihe von Hypothesen in Rechnung gestellt seien. Lloyd George habe eingeworfen, Doumers Programm sei von den bisher erörterten Projekten völlig verschieden. Der Temps erwidert, auf diese Weise dürfe die Diskussion nicht fortgesetzt werden, falls man zu einer Lösung gelangen wolle.

Der Intransigant lehnt Doumers Anregungen als „Improvisation“ ab und bemerkt dazu, Doumer passe offenbar besser in ein Kabinett Poincaré, als in das Briands. Es wäre ja schön, von Deutschland 44 Jahre lang jährlich 12 Milliarden Goldmark zu erhalten, wenn es nur möglich wäre.

Ein Ausschuss für die Wiedergutmachung.

vi Paris, 27. Januar.

Die heutige Nachmittagsitzung der Pariser Konferenz dauerte von 4 bis gegen 8 Uhr. Das amtliche Communiqué darüber, das ungewöhnlich spät ausgegeben wurde, lautet:

„Die Konferenz hat einen langen Meinungs-Austausch über die Wiedergutmachungsfrage vorgenommen. Sie hat einen engeren Ausschuss, der aus einigen ihrer Mitglieder besteht, damit beauftragt, auf der Grundlage der im Laufe der Sitzung ausgedrückten Meinungen einen Text vorzubereiten, welcher der Konferenz in ihrer nächsten Sitzung vorgelegt wird.“

Dazu erfahre ich von unterrichteter Seite, daß die nächste Sitzung frühestens morgen nachmittag, vielleicht erst Sonnabend früh stattfinden wird.

finden wird. Ueber die Zusammensetzung des Ausschusses wurde nach Schluß der Sitzung an amtlicher Stelle nur mitgeteilt, daß Belgien durch seinen Hauptdelegierten Jaspar im Ausschuss vertreten sein wird. Die Vertreter Frankreichs und Englands sollen noch nicht endgültig bestimmt sein.

Ein Sonderbericht der Havas-Agentur besagt: In gewissen Kreisen der Konferenz fragt man sich, ob dies Ergebnis vor Ende der Woche erzielt werden kann. Ist das nicht der Fall, dann muß die Sachverständigenkonferenz in Brüssel

Oberschlesier! Die Frist zur Eintragung in die Stimmliste läuft in den nächsten Tagen ab. Eile tut not! Wer keine Photographie noch nicht beschafft und seinen Stimmantrag noch nicht vollzogen hat, wende sich sofort an die nächste Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier falls er nicht bereits bestimmte Anweisung erhalten hat, die peinlichst befolgt werden muß. Jetzt muß vor allem zunächst das Stimmrecht gesichert werden. Wer die Frist versäumt gibt sein Stimmrecht preis und läßt damit Verrat am Vaterlande. Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier.

ihre Arbeiten wieder aufnehmen und aufs neue praktische Mittel suchen, über die alsdann die Miterten sich endgültig aussprechen werden, und zwar auf einer neuen Konferenz, die jedenfalls in London im Monat Februar stattfinden wird.

Heimreise des deutschen Botschafters. Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 27. Januar.

Der deutsche Botschafter Dr. Mayer hat heute früh in persönlicher Angelegenheit eine kurze Reise nach Deutschland angetreten. Während seiner Abwesenheit führt der Leiter der deutschen Friedensdelegation, Gesandter v. Mutius, die Geschäfte der Botschaft als Geschäftsträger.

Frankreichs Stellung zu den Randstaaten.

vi Paris, 27. Januar.

Zu dem gestrigen Beschluß über die russischen Randstaaten erfahre ich an unterrichteter Stelle, daß Frankreichs Zustimmung zu der de-jure-Anerkennung keinesfalls als Anerkennung der Zerstückelung Rußlands aufzufassen ist. Frankreich ist nach wie vor davon überzeugt, daß der Wiederaufbau Europas nur bei Wiederherstellung eines Großrußland möglich ist, und daß die Wiederherstellung in nicht zu fernen Zeiten notwendig erfolgen wird. Es ist weiter davon überzeugt, daß die Randstaaten später selbst aus wirtschaftlichen und sonstigen Gründen den Wunsch haben werden, in das künftige föderative Rußland aufgenommen zu werden. Die jetzigen Beschlüsse der Anerkennung dieser Staaten sind also nach französischer Auffassung die Bestätigung eines durch die Sowjetherrschaft geschaffenen Provisoriums, das die Wiederherstellung Großrußlands keinesfalls verhindern wird.

Venzelos in Paris.

vi Paris, 27. Januar.

Dem „Temps“ zufolge, ist Venzelos gestern in Paris eingetroffen. Er hat die Reise auf Ersuchen von Lloyd George unternommen und konferierte gleich nach seiner Ankunft mit Mitgliedern der englischen Delegation.

Staatsbürger dritter Klasse.

Von

Paul S. Herrmann,

Geschäftsführer des Bundes der Auslandsdeutschen, Landesverband Nordwestdeutschland, Hamburg.

Die Bedeutung der Arbeit der Auslandsdeutschen für den Wiederaufbau der deutschen Handelsbeziehungen ist von der „Vossischen Zeitung“ immer besonders betont worden. Wir geben deshalb auch gerne der folgenden Beschwerde über die Entschädigungs-Gesetzentwürfe Raum. In der Gleichstellung der verschiedenen Kategorien von Entschädigungsberechtigten allein dürfte allerdings eine befriedigende Korrektur der Gesetzentwürfe nicht zu erblicken sein. Es wird nach einem Wege gesucht werden müssen, um die Entschädigungen nach wirtschaftlicher Bedeutung und Gerechtigkeit mehr zu individualisieren. Wir behalten uns vor, auf diese Frage zurückzukommen.

Das Präsidium des Bundes der Auslandsdeutschen hatte jüngst eine Konferenz mit dem Reichsanzler Fehrenbach, dem Finanzminister Dr. Wirth und dem Unterstaatssekretär Müller vom Wiederaufbau-Ministerium. An dieser Konferenz nahmen außerdem drei Vertreter des Finanzministeriums, sowie ein Vertreter des Wiederaufbauministeriums teil. Der Zweck der Konferenz war, von der Regierung eine Besserstellung der Auslandsdeutschen in dem Entschädigungsgesetz zu erlangen, dessen Entwurf jetzt dem Reichstag zugegangen ist. Die Vertreter der Auslandsdeutschen beschwerten sich darüber, daß das Entschädigungsgesetz eine unentschiedene Behandlung der drei Gruppen von Geschädigten vorsieht, dergestalt, daß die aus den abgetretenen Gebieten verdrängten Deutschen am günstigsten abschneiden, alsdann kommen die Kolonialdeutschen und an letzter Stelle die Auslandsdeutschen, die in dem Regierungsentwurf ganz erheblich schlechter gestellt sind als die beiden anderen Gruppen. Sowohl der Reichsanzler Fehrenbach als auch der Unterstaatssekretär Müller vom Wiederaufbauministerium verteidigten die unterschiedliche Behandlung der Geschädigten und führten aus, daß die Verdrängten und die Kolonialdeutschen innerhalb des Reiches gefessen und also auf den Schutz des Reiches zählen dürfen, während die Auslandsdeutschen das Risiko zu übernehmen hätten, das der Aufenthalt in einem fremden, nicht-deutschen Lande unvermeidlich mit sich bringe.

Gegen die Schlechterstellung der Auslandsdeutschen gegenüber den Verdrängten und den Kolonialdeutschen muß auf das entschiedenste Einspruch erhoben werden, nicht nur im Interesse der Auslandsdeutschen, sondern auch im Interesse des Heimatlandes. Die von der Regierung vertretene Auffassung beweist, daß die Bedeutung des Auslandsdeutschtums durchaus erkannt wird. Auch sind die Auslandsdeutschen nicht damit einverstanden, daß sie im Ausland nicht auf den Schutz des Reiches zählen können. Diese Auffassung darf nicht Boden gewinnen, und wir wollen nur hoffen, daß die Worte unserer Regierungsmänner nicht an die Ohren unserer Auslandsbrüder, die sich jetzt draußen befinden, bringen, denn es könnte sonst böse Folgen haben. Die im Ausland sich aufhaltenden Reichsdeutschen müssen ebenso gut auf den Schutz des Reiches zählen dürfen wie diejenigen, die sich im Inland befinden, und zwar nicht nur aus rechtlichen Erwägungen heraus, sondern auch aus Billigkeitsgründen, und weil es selbstverständlich ist. Wenn die Auslandsdeutschen nicht mehr auf den Schutz des Reiches rechnen können, besteht die Gefahr, daß sie sich unter den Schutz eines anderen Staates stellen werden, und damit dürfte dem Heimatland durchaus nicht gebient sein. Gerade jetzt, wo Deutschlands Weltgeltung vernichtet ist und wo es gilt, sie von neuem aufzurichten, hat die Heimat das größte Interesse daran, die Auslandsdeutschen an sich zu ketten und sie nicht nur ihres Schutzes zu verschüchtern, sondern darüber hinaus alles zu tun, um sie mit dem Bewußtsein wieder hinauszuziehen zu lassen, daß sie von der Heimat fair behandelt worden sind.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die meisten Auslandsdeutschen wieder ins Ausland abwandern werden, sobald sie Gelegenheit dazu haben. Die Heimat sollte die Abwanderung der Auslandsdeutschen — besonders der auslandsdeutschen Kaufleute — nach Kräften fördern, denn nur dadurch kann eine Wiederaufnahme der vor dem Krieg mit der Außenwelt bestandenen Handelsbeziehungen und damit eine allmähliche Wiederaufrichtung der deutschen Weltgeltung ermöglicht werden. Diese Abwanderung und der Aufbau einer neuen Existenz wird aber die kurzfristige Politik der Regierung vereitelt, indem sie die Auslandsdeutschen zum Friedenssturz entschädigen will. Zwar sollen Zuschläge unter gewissen Voraussetzungen gewährt werden, die Auslandsdeutschen fürchten aber mit Recht, daß diese Zuschläge, wenn sie überhaupt gewährt werden, sich in sehr bescheidenen Grenzen